



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/35

23. März 1949

Neutralisierung heißt Sowjetisierung

Zu den Deutschland-Plänen des "Nauheimer Kreises"

In den Debatten über Möglichkeiten und Zielsetzungen einer deutschen Außenpolitik macht sich der "Nauheimer Kreis" mit seinem Programm der "Neutralisierung Deutschlands" in letzter Zeit stärker bemerkbar. Leiter dieses vornehmlich bürgerlich-intellektuellen Kreises ist der Würzburger CDU-Stadtverordnete und Ordinarius für Neue Geschichte, Professor Noack. Neben ihm spielt der allgegenwärtige August Haussleiter, 2. Vorsitzender der CSU und Vorstandsmitglied der Deutschen Union, eine Rolle. Beide stehen in Verbindung mit Dr. Eugen Gerstenmaier und der von ihm protegierten Stuttgarter Zeitschrift "Christ und Welt", um die sich maßgebliche Rechtskreise zu sammeln beginnen. Das Programm des Nauheimer Kreises ist die aus taktischen Gründen noch nicht offiziell verkündete außenpolitische Zielsetzung der Deutschen Union. Berater Noacks ist der Hamburger Völkerrechtler Barandon aus der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, der als Ausbilder des inoffiziellen Diplomatennachwuchses gilt. Deutschland, so schlägt der weit verzweigte Nauheimer Kreis vor, soll gleichzeitig von den vier Großmächten geräumt und als "neutralisiertes Land" anerkannt werden. Die Mächte sollen die Einhaltung der Neutralität überwachen und einen Angriff auf Deutschland als Kriegserklärung gegen das eigene Land betrachten.

Rußland allein soll nach den Plänen des Nauheimer Kreises - durch Anerkennung der territorialen Veränderungen im Osten und mehr oder weniger kostenlose Verarbeitung russischer Rohstoffe als Reparationsleistung - für die Räumung Deutschlands entschädigt werden. Ob die bisherigen Leistungen der Ostzone; der Verschleppten und Kriegsgefangenen in Rechnung gestellt werden sollen, ist nicht bekannt. Abgesehen davon liegt es in der Natur der Dinge, daß sich Lieferungen verzögern oder daß sie unbefriedigend ausfallen können. Im sowjetischen Sprachgebrauch ist das "Sabotage". In Rußland hilft man sich in solchen Fällen durch "Säuberung" und Überwachung. In Deutschland würde man die Kontrolle durch Kommunisten, sowjetische "Ingenieure" etc. verlangen. Das hätte umso stärkeres Gewicht, als Prof. Noack den deutschen Außenhandel überwiegend nach dem Osten lenken will. Mit einem Föderalrich könnte Moskau in Deutschland eine immense Arbeitslosigkeit oder Versorgungskrise hervorrufen. Keine deutsche Regierung wäre solcher

Drohung gewachsen. Natürlich käme auch die nach sowjetischer Auffassung unneutrale Inanspruchnahme der Marshall-Hilfe nicht weiter in Betracht.

Vielleicht würden die Westmächte einen Angriff auf Deutschland als *casus belli* ansehen - womit nichts gewonnen wäre. Keine Macht wäre jedoch imstande, den tausend Injektionen einer "friedlichen Durchdringung" unaufhörlich und wirksam zu begegnen, die über Quislingparteien, Handelsverträge, politischen Druck und viele andere Möglichkeiten zur "unsichtbaren Okkupation" führen könnten und würden. Jede deutsche Gegenwehr würde als unneutral ausgelegt. In seiner effektiven Wehrlosigkeit würde Deutschland sich bei einem Angriff sehr leicht einer passiven Neutralitätsverletzung zugunsten des Angreifers schuldig machen, die die andere Seite zweifellos entsprechend beantworten würde. Die Konsequenz wäre das "Niemandland Deutschland". Abgesehen von dem Rückhalt ihrer Rüstung, die einen Angriff immerhin zu einem kostspieligen und zeitraubenden Geschäft machten, konnten die Schweiz und Schweden im letzten Krieg ihre Neutralität nur dadurch wahren, daß sie sie systematisch zugunsten des jeweils Schwächeren verletzten. Schweden gestattete 1940/41 den Transport deutscher Verbände über sein Gebiet, während es gegen Ende des Krieges den Kugellager-Export nach Deutschland einstellte und die Erzausfuhr begrenzte. Ähnlich ^{es} gilt für die Schweiz, für Portugal und die Türkei. Bei der geographischen Lage Deutschlands würde solche Politik der opportunistischen Neutralitätsverletzung die Russen geradezu zum Einmarsch und Durchmarsch auffordern. Die Einstellung der traditionell ^{neutralen} skandinavischen Staaten in der Frage ihres Anschlusses an den Atlantikpakt ist äußerst bezeichnend.

Die Neutralisierung Deutschlands wäre also im Grunde eine Einladung an jene Macht, die aus ihrer ideologischen Herkunft und dynamischen Haltung den Begriff der Neutralität nicht anerkennt. Politische Programme müssen mit der politischen Wirklichkeit der jeweiligen Zeit abgestimmt werden. Der in Frankfurt erscheinende kommunistische Informationsdienst vom 19. Februar und die rußlandhörige deutschsprachige Presse dürften wissen, warum sie Noack und seinen Kreis so ausführlich und lobend besprechen. Deutschlands Sicherheit liegt nicht in der politischen Abstraktion. Nur wenn wir uns durch zähe und kluge politische Kleinarbeit bis zur vollen Gleichberechtigung im Rahmen eines respekt einflößend starken Westpakts emporarbeiten können, gibt es eine deutsche Zukunft. Den Männern von Nauheim geht es sicher um die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Aber der Weg, den sie gehen wollen, ist falsch, denn er ist mit untragbaren Risiken belastet, er stellt eine gefährliche Spekulation dar, während nur die konsequente, magnetisierende Leistung des Westens die schließliche deutsche Einheit herbeiführen kann.

Eberhard Bergmann

Auftakt zur Sowchosenwirtschaft in der CSR

Dr. F. M. Die im Vorjahr verkündete Staatsverfassung der kommunistischen Tschechoslowakei wird heute bereits von ihren Schöpfern selbst durchbrochen. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor hatte sie den Privatbesitz an Bauerngütern garantiert, sofern diese Güter nicht mehr als 50 ha umfaßten. In zahllosen Erklärungen an die Adresse der Bauern war diese Verfassungsbestimmung noch unterstrichen und bekräftigt worden; was unter 50 ha groß war, sollte vor der Enteignung ausdrücklich geschützt sein. Jetzt werden, ohne Rücksicht auf die nominell weiter in Kraft bleibende Verfassungsgarantie, auch diese bäuerlichen Güter enteignet, wenn die Besitzer, wie es in der amtlichen Terminologie heißt, "nicht selbst auf ihnen arbeiten".

Wie radikal man dabei vorgeht, zeigt ein Bericht aus dem Kreise Reichenberg, einem der neunzehn Kreise, in die die Tschechoslowakei soeben eingeteilt worden ist. In diesem Kreise gab es sechs Güter von 50 ha oder knapp darunter, durch die Verfassung also vor der Verstaatlichung geschützt. Alle sechs werden jetzt enteignet. Damit sind mit einem Schlage die größten der noch verbliebenen Privatgüter beseitigt. "Das Volk will es!" - so wird der neue Angriff auf das tschechische Bauerntum begründet. In der Mehrzahl der Fälle wird aber nicht etwa an eine Aufteilung dieser Güter zugunsten der vom Regime sonst so begünstigten Kleinbauern gedacht, sondern daran, sie in Staatsgüter oder Sowchosen umzuwandeln. Auch der Kleinbauer, der in allen amtlichen Erklärungen als die zweite Säule des Regimes bezeichnet wird, ist für dieses in Wahrheit nur ein Übergang; das Endziel ist die Beseitigung jedes selbständigen Bauerntums und die Aufrichtung einer reinen Kolchosen- und Sowchosenwirtschaft.

Auch auf anderen Gebieten wird der Kampf gegen die durch die Verfassung "geschützten" Bauern unter 50 ha geführt. Jeder Bauer, dessen Besitz zwischen 15 und 50 ha groß ist, ist von der Zuteilung an rationierten Textilien und Schuhen ausgeschlossen; gleichzeitig wird er mit höheren Liefersätzen an Getreide, Milch usw. sowie mit höheren Steuern belegt. Es gibt Bezirke, in denen selbst von den Kleinbauern, deren Besitz unter 15 ha liegt, nur etwa 60 Prozent die für sie so wichtigen Kleider- und Schuhkarten erhalten; die übrigen 40 sind, so heißt es, ihrer Lieferpflicht nicht nachgekommen.

In einem Appell an die tschechischen Bauern hieß es noch vor kurzem: "Alle, die die Verhältnisse in unserer Landwirtschaft nur ein wenig kennen, wissen, daß es nicht nur ein politisches Abenteuer ist, sondern auch ein wirtschaftliches Va-banque-Spiel wäre, wenn die Bolschewisierung den Bauern den Boden nähme und ihnen Kolchosen aufzwänge". In dem Appell wurde schließlich der Satz aus der Bibel zitiert: "Was fürchtet ihr euch, ihr Kleingläubigen?" - Nun, die Kleingläubigen wußten, wovor sie Angst hatten. Und was das Va-banque-Spiel betrifft, so ist es heute schon munter im Gange.

Die Flüchtlinge und die Generale

sp. Der Leiter des Zweizonenamtes für Heimatvertriebene, Dr. Schreiber, hat vor etwa vierzehn Tagen darauf hingewiesen, daß 50 Prozent aller Flüchtlingsbetriebe in der Bizone - es handelt sich um rund 44.000 handwerkliche und 8.000 gewerbliche Unternehmungen - in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Von der Arbeitslosen-seite her betrachtet, er gibt sich, daß in Niedersachsen etwas mehr als 40 Prozent aller Arbeitslosen Flüchtlinge sind, in Schleswig-Holstein gar 59 Prozent. Weder Schleswig-Holstein, noch Niedersachsen sind von sich aus in der Lage, daran etwas zu ändern; ebenso liegt die Mehrzahl der in Schwierigkeiten geratenen Flüchtlingsunternehmungen in Ländern, deren Finanzlage eine durchgreifende Hilfe verbietet. Denn es ist leider so, daß die Zahl der Flüchtlinge in einem gewissen Verhältnis zur Steuerkraft eines Landes steht: je mehr Flüchtlinge, umso weniger Steuereinnahmen.

Dem Zweizonenamte für Heimatvertriebene sind die Hände gebunden; über sein Büro hinaus hat Dr. Schreiber wenig zu sagen. Alle Hoffnungen, die an die Gründung dieses Amtes geknüpft wurden, waren verfrüht, denn Dr. Schreiber hat zwar ein Amt, aber er hat keine Befugnisse. Aller guter Wille scheitert wie bisher an dem Egoismus der weniger betroffenen Länder, von der französischen Zone ganz zu schweigen. Das wußte man in Bonn und darum bemühte man sich, im Grundgesetz Flüchtlingsfragen, soweit sie von den Ländern nicht gemeistert werden können, auf die Ebene des Bundes zu ziehen. Mit der von den Alliierten gewünschten Beschneidung der Vorranggesetzgebung würde auch diese Möglichkeit wegfallen, das Flüchtlingsproblem auf der allein erfolgversprechenden Plattform anzupacken. Darum sandte der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz an Carlo Schmid einen Brief, in dem es u. a. heißt: "Es wird von keinem Vertriebenen und von keinem in der Verantwortung stehenden Mann in der Flüchtlingsverwaltung verstanden werden, wenn der Parlamentarische Rat in dieser Frage den sogenannten Empfehlungen der Militärregierung nachgibt".

Die Forderung der Militärgouverneure gerade in diesem Punkt ist umso unverständlicher, als fast zur gleichen Zeit die internationale Flüchtlingskonferenz in Hamburg festgestellt hat, daß das deutsche Flüchtlingsproblem durch Deutschland allein nicht gelöst werden könne. Die Generale wollen es somit nicht einmal als "deutsches" Problem anerkennen; was sie empfehlen, ist das bisherige "Fortwurschteln" auf der unfruchtbaren Länderebene. Das kann im Interesse von acht Millionen Vertriebenen nicht das letzte Wort sein.

-dt

Die Uran-Sklaven

sp. Marienberg, Annaberg und Aue sind die sächsischen Erzgebirgsorte, um die sich das Sperrgebiet erstreckt, in dem die sowjetische Wismuth-AG nach uranhaltigen Erzen schürft. Das Sperrgebiet darf nur mit russischen Passierscheinen betreten werden, die von den sowjetischen Kommandanturen, vor allem der Stadtkommandantur in Chemnitz, ausgestellt werden.

Im gesamten Bergbauggebiet herrschen im wesentlichen gleichartige Verhältnisse. Eine Fahrt quer durch das Sperrgebiet von Annaberg nach Oberwiesenthal kann daher die Eindrücke vermitteln, die für die Verhältnisse des ganzen Gebietes typisch sind. Auf der Straße Ehrenfriedersdorf - Annaberg in Höhe des Gasometers der Stadt Annaberg befindet sich der Schlagbaum, die Grenze des Sperrgebietes. Der sowjetische Posten, der in Gemeinschaft mit einem deutschen Polizisten die Passierscheine und Personalausweise sowie die Kraftfahrzeugpapiere kontrolliert, kann offenbar nicht lesen. Er hält den in russischer Sprache ausgestellten Passierschein der Stadtkommandantur Chemnitz zwar längere Zeit in der Hand, jedoch die obere Kante des Scheines nach unten. Er ist einer der vielen Analphabeten, die in der sowjetischen Armee dienen.

Kurz hinter dem Schlagbaum kann man auf der Straße nach Buchholz die ersten Stollen sehen, die unmittelbar von der Straße aus in die Felsen getrieben sind. Aus den Stollen wird das taube Gestein gefahren und auf Halden gekippt. Mit dieser Arbeit sind neben einigen Männern vor allem Frauen beschäftigt, die von den Arbeitsämtern der Ostzone ebenso wie die Männer für diese Arbeiten zwangsverpflichtet wurden. Dieses Bild wiederholt sich auf der kurzen Strecke bis zum Frohnauer Hammer immer wieder. Auch unmittelbar neben dem bekannten Frohnauer Hammer wird Erz abgebaut. Hier, wie auch an anderen Stellen, sind hohe Bretterzäune errichtet, die dem Vorbeifahrenden die Sicht auf die Förderanlagen entziehen sollen. Die Zäune wie auch die errichteten Bauwerke sind reichlich mit Parolen der SED und mit Henneckeplakaten versehen. Die Ausschicklungs- und Bauarbeiten werden fast ausschließlich von Frauen ausgeführt. Technische Hilfsmittel werden nur in unzureichendem Maße verwendet. Fast alle Arbeitsgänge werden in Handarbeit erledigt.

Auch unter Tage herrschen die primitivsten Verhältnisse. Gerätschaften und Arbeitskleidung sind völlig unzureichend. In viele Schächte müssen die Bergleute auf Leitern einsteigen. Die meisten Schächte lassen die einfachsten Sicherheitsvorrichtungen vermissen. Eine Folge dieses unverantwortlichen Bergbaubetriebes sind zahlreiche Unfälle, die schon manches Bergmann das Leben gekostet haben. Unter Tage werden ebenfalls in zunehmendem Maße Frauen mit schwersten Arbeiten beschäftigt. Vor kurzem wurden auch Kinder über 14 Jahre aus Waisenhäusern der Ostzone nach Aue gebracht.

Sämtliche Orte des gesamten Sperrgebietes bis hinauf nach

Oberwiesenthal, wo ebenfalls abgebaut wird, sind mit Bergarbeitern überbelegt. Obwohl die riesige Verwaltung der Wismuth-AG mit ihrem großen Personalstab inzwischen nach Siegmund-Schönau bei Chemnitz verlegt wurde, wo über 3000 Personen ihre Wohnungen räumen mußten, ist die Unterbringung weiterer Bergarbeiter in den Erzgebirgsorten praktisch nicht mehr möglich. Viele Bergarbeiter sind kilometerweit von ihrer Arbeitsstätte entfernt, für ihre Beförderung gibt es nur wenige Omnibusse und Lastwagen und es gehört zur Regel, daß solche Arbeiter mehrere Stunden vor Arbeitsbeginn an der Haltestelle warten müssen, wenn sie mit einem Omnibus mitkommen wollen. Ebenso ist es bei Beendigung der Schicht. Dadurch verlängert sich die normale achtstündige Arbeitszeit fast auf das Doppelte. Da die Bergarbeiter ihre Zulagen und die Lebensmittelkarte IV für ihre Ehefrau nur dann erhalten, wenn sie ihr Monatslohn erfüllt haben, sind sie indirekt gezwungen, auch an wenigstens zwei Sonntagen im Monat zu arbeiten. Hinzu kommt die rücksichtsloseste Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durch die sogenannten Kennekeschichten.

Erschreckend ist das gesamte Lebensniveau der Bergarbeiter. Die meisten Menschen vegetieren interesselos und abgestumpft dahin und sind haltlos geworden. Sie sind dem Trunk, dem Spiel und anderen Leidenschaften verfallen. Die zahlreichen Asozialen und sonstigen zweifelhaften Elemente, die ebenfalls zum Bergbau zwangsverpflichtet sind, tragen ihr Teil zum allgemeinen weiteren Absinken jeder Moral bei. Das Zusammenleben der weiblichen und männlichen Bergarbeiter hat einen sittlichen Tiefstand erreicht, der kaum noch unterschritten werden kann. Die Geschlechtskrankheiten haben im gesamten Bergbaugebiet einen erschreckenden Umfang angenommen. Dieses durch Arbeits- und Lebensbedingungen im Uranbergbaugebiet herbeigeführte Lebensniveau formt den Massenmenschen, den die östlichen Staaten als Arbeitssklaven des 20. Jahrhunderts brauchen.

(b/B118/233/2/hs)

Arbeitslosigkeit erwünscht

HK. Bekanntlich haben die Militärregierungen vor längerer Zeit die Ermächtigung zum Bau von 100 Fischdampfern erteilt, und zwar 36 Schiffe mit 400 BRT und 64 mit 350 BRT. Diese Erlaubnis war die erste Auflockerung des Verbotes von Schiffsneubauten. Den Werften gab sie die Möglichkeit, wenigstens in einem bescheidenen Umfange den Neubaubetrieb wieder aufzunehmen. Zweifellos ist der Einwand berechtigt, daß Fischdampfer mit 350 BRT zu klein seien, um rentabel arbeiten zu können. Das gleiche gilt in gewissem Umfange auch für Schiffe der 400-BRT-Klasse, und deshalb bestand damals in gewissen Kreisen die Neigung, von der erteilten Erlaubnis überhaupt keinen Gebrauch zu machen, sondern zu warten, bis größere Neubauten möglich sein würden. Auf die hungernde deutsche Bevölkerung hat das keinen sehr guten Eindruck gemacht. Man kann sehen, daß trotz der außerordentlich hohen Baukosten alle Schiffe des größeren Typs gebaut worden

23.3.1949

und offenbar ist das Interesse an ihnen groß genug, um noch für weitere Schiffe Abnehmer zu finden.

Vor einigen Tagen unterrichteten Vertreter des Betriebsrates der Deutschen Werft in Hamburg die Fraktionen im Wirtschaftsrat darüber, daß bei der Deutschen Werft noch Material und Geld für zwei weitere Dampfer vorhanden seien. Um die Entlassung von ca. 800 Werftarbeitern zu verhindern, intervenierten Vertreter aller Fraktionen bei General Clay und Robertson. Die Antwort der Generale war positiv.

Nun versendet der Verband der Deutschen Hochseefischerei ein Telegramm, in dem die Bemühung der Werft und ihrer Arbeiterschaft um die Erlaubnis zum Bau von zwei weiteren Dampfern eine Sabotage der Bestrebungen nach Freigabe größerer Typen genannt werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich alle deutschen Stellen immer wieder um die Aufhebung von Beschränkungen bemühen werden, die nichts mit der Bedrohung der Sicherheit anderer Völker zu tun haben. Der Verband der Hochseefischerei hält aber offenbar eine große Arbeitslosigkeit für ein besonders geeignetes Druckmittel gegenüber der Militärregierung und hofft wahrscheinlich sogar, auf diese Weise die Arbeiterschaft zur Unterstützung seiner Bemühung wirksam mobilisieren zu können. Mehr oder weniger künstlich geschaffene Arbeitslosigkeit ist von gewissen Unternehmerkreisen schon einmal zur Durchsetzung politischer Ziele verwendet worden, damals nämlich, als man Hitler inthronisieren wollte, damit er die seinen Geldgebern gemachten Versprechungen einlöse, z.B. die Gewerkschaften zerschlage. Der Verband der Deutschen Hochseefischerei denkt natürlich nicht an etwas derartiges. Er denkt nur an die deutsche Ernährungswirtschaft! Trotzdem sollte man sich über ein solches Telegramm und seine mögliche Auswirkung auf die Entschlüsse der Militärregierung, von denen nun einmal sehr viel abhängt, Gedanken machen. Man kann es nämlich geradezu als eine Sabotage der Bemühungen um die Erhaltung von Arbeitsplätzen betrachten - von den Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung mit Fisch gar nicht zu reden.

Ungarn ohne Oppositionsparteien. (sp.) Die ungarische Unabhängige Demokratische Partei und die Radikal-Demokratische Partei-Vereinigung haben den Antrag gestellt, in die "Volksfront der Unabhängigkeit" aufgenommen zu werden. Dem Antrag wurde entsprochen, nachdem sich beide Parteien verpflichtet hatten, die Grundsätze der Volksfront anzuerkennen. Damit verschwinden in Ungarn die beiden letzten Oppositionsparteien. (b/B. 114/233/2/hs)

Geringste Säuglingssterblichkeit in Schweden und Neuseeland.

(sp.) Aus der letzten Nummer der Statistischen Zeitschrift der UNO geht hervor, daß von allen Ländern der Welt Schweden und Neuseeland die geringste Säuglingssterblichkeit aufweisen, nämlich 25 von 1000. Australien folgt knapp nach mit 29 von 1000. Unter 40 von 1000 halten sich noch USA, Holland und Schweiz, zwischen 40 und 45 von 1000 Dänemark, Großbritannien und Kanada. (b/A27a/233/2/hs)